

Frieden in Europa gibt es offenkundig nur mit friedfertigen Nachbarn

Ukraine-Krieg: „Wer ist bereit, den Weg zum Frieden zu weisen?“, FR-Politik vom 21. Oktober, und „Eine sehr vereinfachte Darstellung“, FR-Forum vom 2. November

Die Ukraine will nicht von Putin beherrscht werden

Ich habe die vier Beiträge zu dem Schulenburg-Artikel gelesen. Ich melde mich dazu, weil ich der Meinung bin, dass zwei Aspekte im Schulenburgschen Artikel und auch in der folgenden Diskussion viel zu wenig beachtet wurden.

Der wichtigste ist: Was will eigentlich die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung selbst? Das – und nicht die Wünsche und Ziele Außenstehender – sollte m.E. der zentrale Punkt bei der Beurteilung des Konflikts und der Haltung der Demokratien dazu sein. Nach meiner Kenntnis der Einzige, der sich ansatzweise mit dieser Frage beschäftigt hat, war Henry Kissinger in seiner Stellungnahme zur russischen Krimbesetzung 2014, auf der ja Schulenburgs Artikel offenbar zumindest in Teilen basiert.

Nach allem, was ich bisher erfahren konnte, will die Mehrheit der Ukrainer nicht von Putin und seinem undemokratischen System beherrscht werden, andernfalls würden sie sich nicht so heftig dagegen wehren.

Zweiter Punkt, der bei Schulenburg überhaupt nicht und in den meisten Stellungnahmen zu selten angesprochen wird, ist die Tatsache, dass es sich beim Putin-Regime um ein System handelt, das sich in den letzten Jahren immer stärker in eine Gewaltherrschaft entwickelt hat, die den Vergleich mit Protagonisten wie Lenin, Stalin und einigen der russischen Zaren „nicht scheuen muss“, in Kombination mit dem Umstand, dass in diesem System aktuell die Fähigkeit zu rationalem Denken offensichtlich stark unterentwickelt ist. Der letztgenannte Punkt ist der wesentliche Unterschied zur Kubakrise.

Interessant wäre in dem Zusammenhang natürlich auch, zu erfahren, wie eigentlich die Mehrheit der Russen über den Konflikt denkt und unter welchen Voraussetzungen die Mehrheit der russischen Bevölkerung den Krieg ablehnen würde, sobald sie eine Möglichkeit hätte, diese Meinung zu äußern, ohne staatliche Re-



Im umkämpften Mikolajiw in der Ukraine.

AFP

pressalien fürchten zu müssen? Teile der Wehrpflichtigen stimmen derzeit ja offenbar mit den Füßen ab, indem sie sich dem Zugriff der Armee durch die Flucht ins Exil entziehen.

Ich denke, es bleibt dem Westen aktuell nichts anderes übrig, als die Ukrainer so lange konsequent bei ihrem Abwehrkampf zu unterstützen, bis auch die Mehrheit der russischen Bevölkerung merkt, dass Putins Weg der falsche ist und sie (wahrscheinlich aber nicht nur sie) mit großer Wahrscheinlichkeit ins Verderben führen wird. Ulrich Dörper, Friedberg

Niemand sucht einen Weg aus der Eskalationsspirale

Erleichternd, inmitten des in der Politik und in den Medien flächendeckend verbreiteten Gut-Böse-Märchens wenigstens eine vereinzelte Stimme zu vernehmen, die deutlich macht und belegt: Hier geht es um eine jahrzehntealte strategische Auseinandersetzung zwischen Russland

und USA/Nato im eurasischen Raum, also um zwei sich ausschließende Machtinteressen. Das Gut-Böse-Märchen liefert ja die Rechtfertigung, den Konflikt mit immer mehr Gewaltmitteln für die „gute“ Seite anzufeuern!

Russland wird, in die Ecke gedrängt, sein Streben, mit Kriegsgewalt Großmacht zu bleiben, kaum aufgeben. Die USA und in Folge die Nato dagegen sehen die Gelegenheit, endlich ihr Ziel zu erreichen, Russland als Großmacht zu erledigen. Und die ukrainischen Machthaber haben sich entschieden, die Menschen im Land und deren Lebensgrundlage für die Rückgewinnung aller russisch besetzten Gebiet zu opfern.

Monatelanger Krieg hat den kalten strategischen Interessen unermesslichen, blinden Hass auf dem ukrainischen Schlachtfeld hinzugefügt. Ein Weg aus der Eskalationsspirale wird deswegen nicht gesucht. Für die Durchsetzung dieser konträren Großmachtinteressen und der nationa-

len ukrainischen Ziele wird Russisch-Roulette gespielt. Das Schicksal der Menschen dort ist demgegenüber nicht von Bedeutung. Selbst das Risiko eines Weltkriegs wird in Kauf genommen.

Ob jemals die Vernunft Oberhand gewinnt, das Prinzip der Konkurrenz zwischen Nationen infrage zu stellen, aus dem der Machtkampf resultiert, welcher so unendliches Leiden auf der Erde zur Folge hat?

Es ist so bedrückend, ohnmächtig zu sehen, wie nationalistische Scharfmacher auf allen Seiten das Geschehen dominieren – allseitig mit dem guten Gewissen, angeblich auf der „richtigen“, der „guten“ Seite zu stehen, morden und zerstören zu lassen.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Gebietsverlust und Entscheidungsunfreiheit

Von den Friedensverhandlungen im März, die Martin von der Schulenburg gefallen, hieß es bisher, sie seien von russischer Seite

belanglos gewesen. Sein Friedensziel für die Ukraine sind Gebietsverlust und Ende der außenpolitischen Entscheidungsfreiheit. Seine Sicht klammert mit der „Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen“ die der Nachbar aus. Und sie ist weltfremd, weil: Der russische verdeckte Krieg gegen die Ukraine seit 2014 und der offene seit Februar erwies deren Verzicht auf die überkommenen sowjetischen Atomwaffen als falsch. Und den Beitritt anderer osteuropäischer Länder zur Nato als Verteidigungsbündnis als richtig.

Der Binnenstaat Russland wird immer von anderen Mächten eingekreist sein, ebenso wie Deutschland. Beide haben keinen Anspruch, Nachbarn als Pufferstaaten herabzusetzen. Die Regierung Jelzin erklärte, sie füge sich der Nato-Erweiterung. Und überlegte laut den eigenen Beitritt.

Die jetzige rechtsradikale russische Regierung missachtete mehrfach das Völkerrecht und zwischenstaatliche Zusagen. Daher hätte der „15-Punkte-Entwurf für ein mögliches Friedensabkommen“ vom März sich als Waffenstillstand erweisen können, um mit neu geordneter Streitmacht wuchtiger auf die Ukraine los zu gehen. Denn das erklärte Ziel ist, diese zu unterwerfen und Russland einzugliedern und die gewählte Regierung zu beseitigen.

Gelänge das, so ist gemäß zarosowjetischem Brauch zu rechnen mit Liquidieren von Führungskreisen, Deportation Einheimischer und Ansiedlung von Russen – wie auf der Krim.

Zu Friedensverhandlungen gehören Reparationen und Demilitarisieren. Ein Beitrag dazu wäre der Übergang des stalinistischen Vorpostens im untergegangenen Ostpreußen an einen Nachbarstaat.

Die Hauptsache ist: Frieden in Europa gibt es nur mit Russland? Ja, mit einem friedfertigen, nicht mit einem nationalistischen und imperialen. Dazu muss sich Russland im Inneren gründlich ändern. Ulrich J. Heinz, Marburg

Diskussion: frblog.de/ukraine-3

Wir sollten munter werden und die Abhängigkeit vom Internet beenden

Online-Banking immer populärer: „Geldgeschäft im Netz“ und „Begeisterung geht anders“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 21. Oktober

Alles nur noch online, nichts mehr analog

Die Banken scheinen ja begeistert zu sein, wenn immer mehr Menschen ihre Bankgeschäfte online tätigen. Der Trend ist für mich jedoch erschreckend.

Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Mit meinen Kontoauszügen habe ich vor einigen Wochen eine Mitteilung erhalten, dass ein Kontoauszugsdrucker nicht mehr ersetzt wird. Also: Für Menschen, die in Melsungen leben, gibt es keine Möglichkeit mehr, ihre Kontoauszüge am Terminal aus-

zudrucken. Es wird stattdessen darauf hingewiesen, dass die Bank bereit ist, gegen Kostenübernahme einmal im Monat einen Auszug per Post zu schicken.

Bei meiner Nachfrage in der Bankfiliale in Kassel, ob auch hier mit derartigen Maßnahmen zu rechnen ist, erhielt ich die lapidare Aussage: Es wird sicher nicht bei diesem einen Verlust bleiben. Für mich ist diese Tendenz wenig zukunftsorientiert. Sie bezieht sich ja nicht nur auf Banken. Man versucht, seitens Behörden und speziell Konzernen möglichst viele Aktivitäten auf die Nutzer bzw. „Kunden“ – von Kundenzufriedenheit sind wir weit entfernt – abzuwälzen. Wir reden in der heutigen Zeit viel von Abhängigkeiten. Und was erwartet man von uns Bürgern?

Wir machen uns derart abhängig vom Internet, wir tragen die Kosten dafür und überlegen nicht, was passieren kann, wenn

das Internet großflächig gehackt wird oder durch Überlastung, Ausfall von Strom, egal aus welchem Grund, plötzlich nicht verfügbar ist.

Wie wäre es, wenn wir langsam munter werden und versuchen, diesen Weg – alles nur noch online, nichts mehr analog – zu stoppen?

Ingrid Kellermann, Guxhagen

Andauernd in der nervtötenden Warteschleife

Der Bundesverband deutscher Banken stellt nach einer entsprechenden Umfrage fest, dass 65 Prozent der über 60-Jährigen digitales Banking nutzen. Aus der Umfrage geht nicht hervor, wie die hohe Beteiligung der Älteren

zustande kommt. Dies geschieht in der Regel in verschiedenen Stufen: Zunächst werden die Kosten für die in der Filiale abgewickelten Überweisungen kräftig erhöht. Es wird der Service in den Zweigstellen eingeschränkt durch Begrenzung der Sprechzeiten und schließlich durch Schließung der Filialen. Eine Beratung in finanziellen Angelegenheiten erhält man in der Regel nur noch nach entsprechender telefonischer Anmeldung in einer Niederlassung/Zweigstelle, die nicht ohne weiteres erreichbar ist (s.o., Filialschließung). Um einen telefonische Terminabsprache zu erhalten, befindet man sich in einer nervtötenden Warteschleife. Und schließlich, wenn dies alles nicht reicht, um ein Umdenken bei den

Älteren bezüglich der Kontennutzung zu erreichen, bekommt man vom Institut brieflich die Mitteilung, dass die benötigten Konten ab einem vom Institut festgelegten Termin nur noch online geführt wird.

Da bin ich doch Stefan Winter von Herzen dankbar, dass er sich des interessengebundenen Verlautbarungen des Bankenverbandes kritisch angenommen hat.

Und übrigens: Was geschieht denn mit den alten Menschen, die nicht oder nicht mehr online tätig sind oder sein können? Sie werden möglicherweise an die nicht immer seriöse Mithilfe Dritter verwiesen.

Dies alles habe ich in den letzten rund fünf Jahren selbst erlebt. Wilma Brettschneider, Frankfurt